

Putin - härtere Gangart gegenüber Minsk

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (2000). *Putin - härtere Gangart gegenüber Minsk*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 32/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45164>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 32/2000

19. Juli 2000

Putin: Härtere Gangart gegenüber Minsk

Die Beziehungen Rußland-Belarus im Zeichen des Unionsstaats-Vertrags

Zusammenfassung

Nach Ratifizierung des Vertrags über die Bildung eines Unionsstaats Rußland-Belarus (Januar 2000) drängt Moskau in einem widersprüchlichen Prozeß auf weitere Harmonisierung und Vertiefung der Integration, insbesondere im Wirtschafts- und Finanzwesen und auf militärischem Gebiet. Ein Ausweg aus der immer stärker werdenden Abhängigkeit von Moskau böte sich dann, wenn Minsk als unabhängiger Staat zu einer Politik der aktiven Brückenbildung zwischen Rußland und der EU übergehen würde. Mit seiner Weigerung, die für Oktober 2000 angesetzten Parlamentswahlen nach europäischen Standards zu gestalten, bestätigt Lukaschenko jedoch erneut seine Selbstisolierung nach Westen.

"Symbol der Freundschaft" – mit diesem Aufmacher begrüßte die "Sowjetskaja Belorussija" Rußlands Präsident Putin, garniert mit einem großformatigen Foto des Gastes und seines Gastgebers Lukaschenko.¹ Tatsächlich hatte es mehr als symbolische Bedeutung, daß Putin nach seiner Wahl vom März 2000 am 17. April auf dem Wege nach London und Kiew als erste ausländische Hauptstadt kurz auch Minsk streifte: Belarus ist der einzig verbliebene enge Verbündete Rußlands. Dies findet nicht zuletzt seinen Ausdruck darin, daß Minsk sämtliche außen- und sicherheitspolitischen Positionen Moskaus auch auf internationalen Foren wie der OSZE vorbehaltlos unterstützt – im Jugoslawienkonflikt ebenso wie im Hinblick auf den Tschetschenienkrieg und seine internationalen Implikationen. Der Prozeß der Annäherung beider Länder hat mittlerweile die Etappe eines – beim UN-Sekretariat registrierten – "Unionsstaats" erreicht, dessen vertragliche Grundlagen noch in der ausgehenden Ära Jelzin unterzeichnet und zu Beginn der Ära Putin ratifiziert wurden (8. Dezember 1999 bzw. 26. Januar 2000).² Nicht zufällig erhält Belarus daher in der neuen außenpolitischen Konzeption Rußlands eine herausragende Position: Als einziges Land findet Belarus im Abschnitt über die GUS, der ihrerseits im regionalen Prioritätensystem der internationalen Beziehungen Rußlands Vorrang eingeräumt wird, ausdrückliche Erwähnung. Dort heißt es: "Erstrangige Bedeutung hat die

¹ In ihrer Ausgabe vom 18.4.2000.

² Vertragstext und Aktionsprogramm finden sich in: Rossijskaja gazeta (Moskau) 29.1.2000 bzw. 1.2.2000. Zum politischen Kontext vgl. A. Sahn, Integration unter Bombenhagel, in: Belarus-News (Dortmund) 8/Winter 1999, S. 2-4, sowie dies., Perspektiven der belarussisch-russischen Union nach Jelzin, ebenda 9/Frühling 2000, S. 2.

Stärkung der Union zwischen Belarus und Rußland als der in der gegenwärtigen Etappe höchsten Form der Integration zweier souveräner Staaten."³

Diese Schwerpunktsetzung signalisiert einerseits gewiß eine prinzipielle Kontinuität in den wechselseitigen Interessen an immer engeren Beziehungen. Sie finden ihren Ausdruck auch in regelmäßigen gemeinsamen Treffen der Kollegien von Schlüsselministerien (Äußeres, Inneres, Verteidigung) und zentralen Sicherheitsagenturen (Sicherheitsrat, Nachrichtendienste), auf denen die strategischen Positionen beider Seiten harmonisiert werden. Andererseits gab Putin in Minsk jedoch zugleich deutlich zu verstehen: Die Zeiten der blumigen Rhetorik über slawische Bruderschaft, der inszenierten Symbolik und der folgenlosen Absichtserklärungen gehören der Vergangenheit an. Statt dessen gelte es, beim Bau des Unionsstaats ohne Hast, behutsam und zugleich konsequent vorzugehen. Tatsächlich werde die Integration beider Länder nur in dem Tempo verwirklicht werden können, wie die Angleichung der Wirtschaftssysteme (sprich: der Abbau des extremen Minsker Staatsinterventionismus) Fortschritte mache.⁴ Vor dem Hintergrund einer so definierten Interessenpolitik scheint die Linie Putins von pragmatischem Herangehen geprägt. Ganz offensichtlich läuft sie darauf hinaus, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Asymmetrien zwischen Rußland und Belarus stärker als unter seinem impulsiv-emotionalen Vorgänger Jelzin für eine härtere Gangart gegenüber dem Unionspartner zu nutzen. Auch wenn dies die Perspektiven des Vereinigungsprozesses hinauszögern sollte: Dem Putin-Regime geht es vorrangig darum, statt leerer Integrationsrhetorik endlich "Nägel mit Köpfen" zu produzieren und Lukaschenko in eine Situation hinein-zumanövrieren, in der ihm kein anderer Ausweg bleibt als eine schrittweise Vereinigung zu russischen Bedingungen. Welche Ausprägung findet diese Linie auf zentralen Feldern der bilateralen Beziehungen?

Russische Dominanz in den Unionsorganen. Anfang 2000 wurden die wichtigsten Unionsorgane gebildet, darunter der Oberste Staatsrat (alternierender Vorsitzender: Lukaschenko) und der Ministerrat (alternierender Vorsitzender: der russische Ministerpräsident Kasjanow). Wahlen zum Unionsparlament sollten Putin zufolge⁵ im Herbst 2000 stattfinden, zeitgleich mit den – von Lukaschenko voraussichtlich manipulierten und daher umstrittenen – Parlamentswahlen in Belarus. Die Transformation der – konsultativen – Parlamentarischen Versammlung in ein gewähltes Parlament mit tatsächlichen legislativen Kompetenzen wurde später allerdings auf den Herbst 2001 verschoben, nachdem sich herausgestellt hatte, daß dies in beiden Staaten Verfassungsänderungen und damit die Organisation entsprechender Referenden erfordert. Trotz der auf den ersten Blick ausbalancierten Gesamtlösung zeichnet sich in den Unionsorganen eine klare russische Dominanz ab. Die Unionspräsidentschaft Lukaschenkos hat kaum mehr als symbolische Bedeutung. Die wirklichen Machtverhältnisse demonstriert die Berufung von P. Borodin zum "Staatssekretär" des Unionsstaats, die von Putin ganz offensichtlich ohne Konsultation mit Lukaschenko vorgenommen wurde und dementsprechend in Minsk heftigen Unwillen erregte.⁶ Borodin, der umstrittene und per internationalem Haftbefehl gesuchte frühere Finanzchef des Kreml, ist anders als die Vorsitzenden von Oberstem Rat und Ministerrat mit der operativen Politik der Union befaßt und organisiert – in der Aufbauphase besonders wichtig – die personelle Zusammensetzung der politischen Exekutive und ihres Beamtenapparats. Dies garantiert die Bildung einer gegenüber dem Putin-Regime loyalen Anhänger-schaft in den Organen des Unionsstaats und bietet gute Voraussetzungen für eine Moskau-konforme, Minsker Kapri-zen korrigierende politische Linie.

³ Die "Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation" ist abgedruckt in: Rossijskaja gazeta 11.7.2000.

⁴ Reuters 16.4.2000.

⁵ Interfax 26.1.2000.

⁶ Formal wurde Borodin vom Obersten Staatsrat auf 4 Jahre gewählt. Er fungiert als Stellv. Vorsitzender des Ministerrats der Union und leitet deren "Ständiges Komitee", das eigentliche operative Arbeitsorgan des Unionsstaats. Vgl. dazu und zu den Positionen Borodins im einzelnen sein Interview in Nezavisimaja gazeta (Moskau) 23.2.2000. Kritische Bemerkungen zur Ernennung Borodins finden sich u.a. bei Präsidentenberater Posochov, Belapan 11.1.2000.

Harmonisierung der Wirtschaftsordnung. Auf wirtschaftspolitischem Felde verlangt Rußland immer drängender eine beschleunigte Harmonisierung der Rahmenbedingungen, die von beiden Seiten – wie Putin in Minsk bemerkte – "unterschiedlich verstanden wird". Das bezieht sich insbesondere auf das Budget, die Steuergesetzgebung, die Tarife und das Zollwesen. Die Vereinheitlichung der "Regulierungsinstrumente" sei deshalb unverzichtbar, unterstrich Kasjanow, weil nur so gewährleistet werde, daß in Rußland und Belarus "einheitliche Bedingungen für wirtschaftliches Handeln und für das Unternehmertum herrschen".⁷ Eine konsequente Verwirklichung all dessen könnte darauf hinauslaufen, das rigide System staatlicher Wirtschaftsplanung Lukaschenkos einschließlich des absoluten Vorrangs für das Staatseigentum zu untergraben und damit eine seiner wichtigsten Machtquellen zu unterminieren.⁸ Auch sonst zeigte sich Moskau gegenüber Minsk materiell alles andere als generös. So senkte Gasprom seinen Preis pro 1.000 cbm zwar von 30 auf 27 Dollar (Ukraine: 60 Dollar), doch liegt diese Summe noch immer erheblich über den von Belarus geforderten russischen Inlandspreisen. Lieferkürzungen scheinen vorprogrammiert, denn seit Jahresanfang hat Minsk nur 46 statt 106 Mio. Dollar bezahlt (bei einer Gesamtschuld von 160 Mio. Dollar). Darüber hinaus hat Rußland aufgrund unfairer Praktiken Weißrußlands für bestimmte Produkte aus diesem Land und aus Drittländern erneute Zollbarrieren errichtet, was der neue Ministerpräsident Jermoschin öffentlich als "unfreundlichen außenwirtschaftlichen Akt" wertete.⁹ All dies zeigt beispielhaft: Das Putin-Regime ist weniger als die Jelzin-Führung gewillt, zugunsten vager Vereinigungsperspektiven die inneren Probleme Weißrußlands auf Kosten Rußlands zu lösen.

Vereinheitlichung der Währungssysteme. Ähnlich verhärtete Positionen bestimmen auch die russische Haltung zur Bildung einer Währungsunion mit ihren Aspekten Geldeinheit und Emissionszentrum für den Unionsstaat. Die belarussische Führung sucht eine schlichte Absorption des "Häschenrubel" durch den russischen Rubel ebenso zu vermeiden wie die Bestimmung der Moskauer Zentralbank zum einzigen Geldemissionszentrum. Dies käme einer Degradierung der Minsker Nationalbank zur Filiale der Zentralbank gleich: In Minsk hat sich inzwischen herumgesprochen, daß die Annahme solcher Bedingungen de facto auf den Verlust der nationalen Souveränität Weißrußlands hinauslaufen würde. Das Lukaschenko-Regime sucht dem mit der Präsentation von allerlei Varianten zu entgehen, beispielsweise durch Schaffung einer bargeldlosen Geldeinheit als Verrechnungsmittel zwischen Betrieben beider Länder. Lukaschenko selbst bestand gegenüber Zentralbankchef Geraschtschenko ausdrücklich darauf, entsprechend den Bestimmungen des Unionsvertrags die Souveränität von Belarus in vollem Umfang zu wahren. Auch im Falle der Vereinigung der Geld- und Finanzsysteme, der sich die Minsker Führung unter russischem Druck mittlerweile zu fügen scheint, müßten zwei Emissionszentren beibehalten werden.¹⁰

Aus russischer Sicht ist dies völlig inakzeptabel. Ausschlaggebend hierfür ist – neben der Asymmetrie in der Größe des Territoriums und der Bevölkerungszahl – zum einen die dominierende Wirtschafts- und Finanzkraft Rußlands und zum andern die feste Absicht seiner Führung, auch im Unionsstaat die uneingeschränkte Kontrolle über das Finanzwesen in der Hand zu behalten. Alles andere – etwa der Druck der gemeinsamen Währung zugleich in Moskau und in Minsk – käme einem "wirtschaftlichen Abenteuer" gleich, heißt es in Moskau: Das wäre so, "als würden legale US-Dollars gleichzeitig in Washington, Mexiko und Tokio gedruckt".¹¹ Auch wird auf die von Moskau betriebene Liquidierung der Rubelzone in der GUS im Jahre 1993 verwiesen: Einer der zentralen Gründe hierfür sei gerade die Absicht früherer Unionsrepubliken gewesen, eigene Emissionszentren (auf Rubelbasis) zu gründen.

⁷ K. Fokina, Minsk – centr integracii, Nezavisimaja gazeta 24.5.2000.

⁸ So A. Fadin, Ne tem putem, in: Nezavisimaja gazeta 31.5.2000. Das Paradoxe liegt darin, daß der Autor, aus der Schule des staatsorientierten und imperial ausgerichteten GUS-Integrationsvorkämpfers Zatulins stammend, für liberale Wirtschaftsreformen, Entstaatlichung und Wettbewerb eintritt, um die Vereinigung Rußland-Belarus zu forcieren.

⁹ Fokina, a.a.O.

¹⁰ Vgl. hierzu A. Kasaev/V. Kuz'mičev, Moskva diktuet Minsku uslovija integracii, Nezavisimaja gazeta 23.2.2000.

¹¹ S. Novoprudskij, Derevjannyj, olovjannyj, stekljannyj, Isvestija (Moskau) 24.2.2000; vgl. auch ders., Sojuz sovetskich socialističeskich rublej ("Union sowjetischer sozialistischer Rubel"), Isvestija 22.12.1999.

Tatsächlich ist der Moskauer Fahrplan für die Vereinheitlichung der Geld- und Finanzsysteme vorgezeichnet, wenngleich es hierzu immer wieder auch abweichende Äußerungen gibt. In einer ersten Etappe bis zum Jahre 2003 werden die belarussischen Finanzmärkte in beschleunigtem Tempo an die russischen Bedingungen angepaßt. Danach, etwa 2006 oder auch etwas später, wird der nur in Moskau gedruckte Rubel auf dem gesamten Territorium des Unionsstaats zur einzigen Währung.

Militärische Zusammenarbeit. Eine besonders dynamische Rolle im Prozeß der Integration Rußland-Belarus spielt die militärische Zusammenarbeit. In gewisser Hinsicht kommt ihr sogar eine Pilotfunktion zu: Unter vielen Aspekten ist die Integration auf militärischem Gebiet weiter fortgeschritten als in Politik und Wirtschaft. Ähnliches gilt für die Verklammerung des Militärisch-industriellen Komplexes beider Länder im Verhältnis zur Wirtschaft insgesamt. Die aktiv betriebene Vertiefung der Integration auf diesen Feldern ist Ausdruck einer Konvergenz der Interessen. Rußland geht es vorrangig um geopolitische Vorteile und um die militärstrategische Sicherung seines westlichen Vorfelds, wie Putin im Zuge der Ratifizierung des Unionsstaatsvertrags betonte: Dieser entspreche voll und ganz den "militärisch-politischen Interessen" Rußlands und sei geeignet, "das eigene strategische und militärische Potential zu verstärken". Belarus seinerseits setzt vor allem auf den politisch-ökonomischen Mehrwert, den es sich von der militärischen Verzahnung und der Profilierung als engster Waffenbruder Rußlands erhofft. Ein starkes Indiz für den Grad der Militärintegration bildet die im April 2000 von Putin unterzeichnete neue russische Militärdoktrin. In ihr heißt es: "Rußland entwickelt eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit der Republik Belarus, koordiniert mit ihr die Aktivitäten auf dem Gebiet des militärischen Ausbaus, der Entwicklung der Streitkräfte der Mitgliedsländer des Unionsstaats, der Nutzung der Militärinfrastruktur und ergreift andere Maßnahmen zur Unterstützung der Verteidigungsfähigkeit des Unionsstaates".¹² Dieser Passus der Militärdoktrin ist bemerkenswert nicht nur wegen seiner inhaltlichen Aussagen. Er verdient besondere Beachtung auch deshalb, weil er eine bestimmte Tendenz zum Ausdruck bringt. Denn im Entwurf vom Oktober 1999 war der Belarus-Passus noch nicht enthalten, sondern wurde – ganz gewiß nach entsprechenden Konsultationen mit Minsk – erst relativ spät in die Endfassung eingefügt.

Deutlich sichtbar wird diese Tendenz auf verschiedenen Feldern. Genannt seien hier nur: Pläne zur Formulierung einer gemeinsamen Militärdoktrin Rußland-Belarus;¹³ die Ausdehnung des atomaren Schirms Rußlands auf Belarus – allerdings ohne Neustationierung von Nuklearwaffen auf seinem Territorium, wie Außenminister Latypow während seines Deutschlandbesuchs vom März 2000 mit Nachdruck betonte;¹⁴ die Bildung einer insgesamt 300.000 Mann starken gemeinsamen Streitkräftegruppierung im Westen des Unionsstaats – freilich nicht als neu zu formierende Armee an der Grenze zur Nato, wie Lukaschenko ursprünglich verkündete, sondern in Form einer engeren Koordinierung der in Belarus sowie in den Militärbezirken Moskau und Leningrad bereits stationierten Truppen (80.000 bzw. 220.000);¹⁵ der Ausbau des 1996 geschaffenen gemeinsamen Luftabwehrsystems zu einem vereinten Luftabwehrsystem, das die Konstituierung eines einheitlichen Kommandos und offenbar auch die Stationierung russischer Kampfflugzeuge auf belarussischem Territorium vorsieht; die Abhaltung gemeinsamer Manöver nach dem Muster der strategischen Übung "Zapad" (Westen), bei der 1999 unter Teilnahme von 50.000 Mann die Abwehr einer Aggression gegen Belarus und Kaliningrad simuliert wurde; schließlich auch die verstärkte Einbeziehung belarussischer Rüstungsbetriebe, insbesondere im Hinblick auf elektronisches und optisches Gerät, schwere Lastwagen und landgestützte Raketen in den russischen Militärisch-industriellen Komplex unter dem Dach des Moskauer Finanz-Industrie-Konzerns "Verteidigungssysteme".¹⁶

¹² Die Militärdoktrin ist abgedruckt in: Rossijskaja gazeta 25.4.2000.

¹³ So das Aktionsprogramm zum Unionsstaatsvertrag, a.a.O.; vgl. auch V. Georgiev, Sovmestnaja gruppировka uže suščestvuet, Nesavisimaja gazeta 19.4.2000.

¹⁴ Berliner Zeitung 9.3.2000 und FAZ 15.3.2000.

¹⁵ So S. Ivanov, Sekretär des Sicherheitsrats Rußlands, in einem ORT-Interview vom 24.4.2000.

¹⁶ Dazu im einzelnen: Belarossija uže ob'edinilas', Kommersant (Moskau) 11.7.2000; vgl. auch Georgiev, a.a.O.

Belarus: Zwischen Moskau und der EU. Aller Voraussicht nach wird Rußland unter Putin seine gegenüber Belarus auf allen Feldern dominierende Position verstärkt nutzen, um die eigenen Vorstellungen über den Gang des weiteren Vereinigungsprozesses durchzusetzen. Dabei wird der neue Präsident allerdings auf eine Reihe von Problemen stoßen, die sich in vielen Widersprüchen und Gegensätzen spiegeln. Auch muß offenbleiben, ob sich Lukaschenko tatsächlich als zunehmend handzahmer Partner erweisen oder wie in der Vergangenheit gelegentlich auch als unangenehmer Widerpart profilieren wird. Seine Handlungsspielräume jedenfalls werden mit dem weiteren wirtschaftlich-sozialen Abschwung des Landes¹⁷ und seiner gleichzeitig wachsenden Einbindung in das sicherheitspolitische und militärische Dispositiv Rußlands enger. Unabhängigkeit und Souveränität Weißrußlands, im Vertrag über die Bildung des Unionsstaats ausdrücklich festgeschrieben, könnten sich so fast unter der Hand verflüchtigen.

Einen Ausweg könnte die Suche nach einer ausgewogenen Balance im Verhältnis Weißrußlands zu Rußland einerseits und zur EU andererseits bieten, wie sie der Minsker Opposition vorschwebt. Eine solche Balance hätte viele Vorteile für ein "Land mit historischen Wurzeln im Westen und einer umfassenden Abhängigkeit von Moskau während der Sowjetperiode und im 19. Jahrhundert vom zaristischen Imperium".¹⁸ Interessanterweise weisen auch Vorstellungen aus Teilen der Regime-Elite, z.B. von Außenminister Latypow, in ähnliche Richtung: Auf zwei Deutschland-Besuchen in kurzer Folge (März und Mai 2000) plädierte er eindringlich für ein Ende der EU-Restriktionen gegenüber seinem Land und für eine "umfassende Einbeziehung von Belarus als einem verantwortungsvollen Nachbarn der Union".¹⁹ Ganz offensichtlich sind die Vertreter solcher Positionen innerhalb des Regimes weniger von überkommenen ideologischen Mythen ("Slawische Brüderschaft") als von pragmatischen Überlegungen geprägt. Ihre Vorstellungen gehen eher von der Tatsache aus: Die EU ist der leistungsfähigste potentielle Partner expandierender Handelsbeziehungen, massiver Direktinvestitionen und rascher Bereitstellung moderner Technologie für das auf ökonomischer Talfahrt befindliche Land. Rußland dagegen kann Belarus zwar durch verbilligte Energielieferungen, inländische Transporttarife und Bartergeschäfte das Überleben auf niedrigem Niveau sichern; materielle und innovatorische Stimuli für die dringend notwendige Wirtschaftsmodernisierung sind von Moskau jedoch nicht zu erwarten. Niedrige Energiepreise wirken im Gegenteil sogar eher wie eine Droge, führen sie doch zu Innovationsträgheit sowie zu hohem und unrationellem, für Belarus immer schwerer zu bezahlendem Ressourcenverbrauch.

Die Chancen für eine besser balancierte Politik zwischen Rußland und der EU ließ Lukaschenko bisher jedoch ungenutzt – trotz gelegentlicher Verweise auf die Notwendigkeit einer "Mehrvektorenpolitik" in den internationalen Beziehungen seines Landes. Die EU – im Konzert mit der OSZE und dem Europarat – wären zu einer Öffnung gegenüber Belarus bereit – unter der Voraussetzung freilich, daß Lukaschenko seine auf dem Istanbuler OSZE-Gipfel (November 1999) gemachten Versprechungen einlöst, im Dialog mit der Opposition die Voraussetzungen für freie und faire Parlamentswahlen zu schaffen, die für den 15. Oktober 2000 anvisiert sind. Dazu gehören insbesondere: ein friedliches politisches Umfeld, eine Wahlgesetzgebung europäischen Standards, Transparenz des Wahlverfahrens, Zugang aller Parteien zu den staatlichen Medien, Erweiterung der Rechte des – von Lukaschenko eingesetzten – zahnlosen Parlaments.²⁰ Paradoxerweise könnte sich

¹⁷ Zur weiteren Vertiefung der Wirtschaftskrise in Belarus siehe: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Sonderweg immer mehr ein Leidensweg, Wochenbericht der drei deutschen Wirtschaftsinstitute 48/Dezember 1999.

¹⁸ So H.-G. Wieck, The Advisory and Monitoring group of the OSCE in Belarus, in: Helsinki Monitor (Den Haag) 1/2000, S. 48-59. Der Autor leitet die OSZE-Gruppe in Minsk.

¹⁹ Vgl. U. Latypow, Verantwortungsbewußte Nachbarschaft: Europa und die belarussische Außenpolitik, Münchener Gespräche über Osteuropa 23/2000. Ähnlich sein Beitrag: Ein verantwortungsbewußter Nachbar im Vereinten Europa, in: Belarus-News 9/Frühling 2000, S. 3 f.

²⁰ Hierzu im einzelnen Wieck, a.a.O. Vgl. auch die detaillierten Ausführungen von Aufgaben, Zielen und Perspektiven der OSZE-Vermittlungsaktivitäten bei A. Severin, "Vossoedinjajas", kontinent primirjajetsja sam s soboj", Interview mit Nezavisimaja gazeta 22.6.2000.

die europäische Staatengemeinschaft bei der Forderung nach Realisierung solcher demokratischer Essentials sogar auf den Wortlaut des Unionsstaats-Vertrags berufen. Dort ist eingangs von der Absicht die Rede, einen "demokratischen Rechtsstaat" zu bilden und dabei "die Rechte und Freiheiten von Mensch und Bürger in Übereinstimmung mit den allgemeingültigen Prinzipien und Normen des internationalen Rechts strikt zu beachten". Bisher schlug der Präsident jedoch alle Vermittlungsbemühungen der OSZE und ihrer Minsker Vertretung in den Wind und machte für die Teilnahme der Opposition am politischen Dialog eine Anerkennung der von ihm lancierten, streng autoritär ausgerichteten Verfassung von 1996 zur Voraussetzung. Im übrigen setzte er seine repressiven Praktiken gegenüber politischem und gesellschaftlichem Protest fort und zog prominente Oppositionspolitiker wie den früheren Ministerpräsidenten Tschigir und den sozialdemokratischen Parteichef Statkewitsch als gefährliche potentielle Konkurrenten kurzerhand aus dem Verkehr (Sie wurden unter vagen Vorwänden von der Regime-Justiz verurteilt und dürfen deshalb bei den kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nicht kandidieren). Damit bestätigt Lukaschenko immer aufs neue seine Politik der Selbstisolierung nach Westen.

Scharnier zwischen den Nachbarstaaten in Ost und West? Moskauer Aufrufe an die westlichen Regierungen, die Minsker Politik der "Öffnung" gebührend zu würdigen und ihre Beziehungen zu Belarus zu normalisieren – so beispielsweise Außenminister Iwanow²¹: Solche Aufrufe böten dann eine Chance, aus der Sackgasse herauszuführen, wenn sie von entsprechenden Appellen an Lukaschenko begleitet würden, seine Istanbul Zusage einzuhalten. Gerade hierauf zielte A. Severin, der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, als er Moskau zu entsprechenden Initiativen ermunterte. Als strategischer Partner von Belarus übe Rußland starken Einfluß auf die Entwicklungen in Belarus aus und müsse, da es sich doch selbst europäischen Demokratiestandards annähere, ein hohes Interesse an der Durchsetzung von Demokratie, Pluralismus und Medienfreiheit in seinem Partnerstaat Belarus haben.²² Vor diesem Hintergrund sind einseitige Appelle Rußlands an den Westen zu einer unkonditionierten Öffnung gegenüber dem Lukaschenko-Regime wenig hilfreich und sogar eher geeignet, vom Präsidenten in Minsk als diplomatische Unterstützung gewertet zu werden und ihm damit in seiner Intransigenz gegenüber den Forderungen von OSZE, Europarat und EU – und mit ihnen der belarussischen Opposition – den Rücken zu stärken. Offensichtlich sieht die Moskauer

²¹ Itar-Tass 25.2.2000.

²² Interview mit *Nezavisimaja gazeta*, a.a.O.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Führung in Lukaschenko weiterhin den einzig zuverlässigen Garanten für die Vertiefung der Integrationsprozesse Rußland-Belarus und gegen ein Abdriften des Landes zu westlichen Ufern. Auch unter diesem Aspekt läge eine wichtige Aufgabe der Opposition darin, in programmatisch-politischen Grundsatzpositionen an die Adresse Moskaus (und der EU) überzeugend zu formulieren und zu dokumentieren: Das Alternativangebot zu einer gewaltfreien Ablösung des Lukaschenko-Regimes zielt nicht auf das andere Extrem einer Integration in EU- und Nato-Strukturen. Vielmehr setzt es sich zum Ziel, darauf hinzuwirken, daß Belarus als unabhängiger Staat eine Brücken- und Scharnierfunktion zwischen seinen östlichen und westlichen Nachbarn übernimmt.

Heinz Timmermann